

Rundbrief Mongolei März 2016

Areva tötet weiter – Fortgesetztes Tiersterben in Ulanbadrakh

Auch in diesem Jahr werden aus der Gemeinde Ulanbadrakh in der Provinz Südgo-bi wieder Totgeburten von Weidetieren berichtet. Diese Totgeburten werden von den Tierhaltern seit nunmehr vier Jahren berichtet. Sie werden von ihnen eindeutig mit den Probebohrungen der Firma Kogegobi nach Uran in Verbindung gebracht.

Nach Jahren des Kampfes gegen diesen Uranabbau sind viele Viehhalter entmutigt. Sie haben von Regierungsseite keinerlei Unterstützung erhalten, im Gegenteil: sie wurden beschimpft, dass sie den Fortschritt der Mongolei verhindern würden. Bürgermeister, die die Bohrungen verhindern wollten, wurden kaltgestellt mit dem Argument, dieses Vorhaben sei im Interesse der Mongolei und der Landkreis habe sich zu fügen. Andere wurden offensichtlich bestochen, einige Viehhalter erhielten eine Beschäftigungszusage oder kleinere Entschädigungen durch Kogegobi. Missliebige Tierärzte der Provinz wurden versetzt, protestierende Umweltschützer polizeilich verfolgt und kriminalisiert: kurz, das ganze Programm von Spaltung, Einschüchterung und Kriminalisierung wurde aufgefahren.

Von offizieller Seite ist zu den Ursachen dieses Viehsterbens keine abschließende Untersuchung vorgelegt worden. Eine erste Untersuchung vor zwei Jahren stellte eine große Konzentration von Selen in den untersuchten Gewebeproben fest. Weitere Untersuchungen sind uns nicht bekannt. Im letzten Jahr wurde den Tierhaltern angeraten, keine Innereien mehr von den Schlachttieren zu verzehren. Dort reichern sich Umweltgifte besonders schnell an. Ähnliche „Ratschläge“ wurden den Indianern im Westen der USA ebenfalls erteilt, in deren Reservaten und Wohngebieten ebenfalls Uran abgebaut wird.

In der Mongolei wurde zusätzlich die Abnahme von Milch aus den betroffenen Gebieten eingestellt und es wird schwangeren Frauen zur Abtreibung geraten, wenn auch nur die geringsten Abweichungen im Schwangerschaftsverlauf festgestellt werden. Diese „Ratschläge“ stellen eine Enteignung der Viehhalter dar, denen nahezu jeglicher Marktzugang für ihre Produkte damit unmöglich gemacht wird.

Mutmaßliche Quelle für die meisten Todesfälle ist dabei insbesondere ein Tailing der Betreiberfirma Kogegobi. Alle Todesfälle ereigneten sich in einer Abwindfahne, die ihren Ausgangspunkt an diesem Tailing hat. Bei unserem Besuch im Sommer 2014 konnten wir feststellen, dass dieses Tailing im Gegensatz zur sachgemäßen Anlage nicht mit Wasser bedeckt war und somit der Wind alle dort gelagerten Stäube in die Steppe verblasen kann.

Eine weitere möglich Ursache der Vergiftungen und Todesfälle kann dadurch entstehen, dass aus den Bohrlöchern, mit denen das Uran im „In situ leaching“-Verfahren (Ab-laugen in der Lagerstätte) aus dem Boden geholt wird, Flüssigkeit ausgetreten ist, die dann von den Weidetieren aufgenommen wurde. Wir kennen Photographien solcher Bohrstellen, um die herum regelrechte Sümpfe festgestellt wurden, obwohl es dort seit Wochen keinen Niederschlag gegeben hat.

Dieses „In situ leaching“ bedeutet, dass das Uranerz aus dem Boden (meist Sandstein) mit einem Gemisch von Chemikalien, insbesondere Schwefelsäure, gelöst und an die Oberfläche gepumpt wird. Dabei entsteht im bisher festen Gestein des Untergrunds eine



Rundbrief Mongolei März 2016

Vielzahl von neuen Verbindungen, die alle in der Nachbarschaft von Uran angesiedelten Schwermetalle und anderen Giftstoffe enthalten.

Dieser Schlamm wird im Verfahren des „In situ leaching“ dann aufgeteilt in den gewünschten „Yellow cake“ zur Urangewinnung und dem nicht interessanten, aber hochgiftigen Abraum, der dann in Tailings (künstlichen Teichen und Seen, die nach unten abgedichtet und nach oben mit Wasser „verschlossen“ sein sollen) gelagert wird. Was auf Dauer mit diesen Tailings dann geschehen soll, steht in der Rohstoffgewinnung auf einem bislang unbeschriebenen Blatt. In den allermeisten Fällen bleibt dann die Allgemeinheit dann auf den Kosten für die sachgerechte Schließung der Tailings sitzen (falls dies überhaupt möglich ist).

Hinzu kommt, dass das In-Situ-Leaching in der Propaganda der Betreiber davon ausgeht, dass der angebohrte Untergrund eine wasserdichte Blase bildet, aus der außer durch die gesetzten Bohrlöcher keine Flüssigkeit nach oben, nach unten oder zur Seite austreten kann. Solche idealen Blasen finden sich aber höchst selten im Gestein, das ja in den letzten Milliarden von Jahren mehrfach gefaltet und verschoben wurde. Außerdem wird davon ausgegangen, dass das Setzen der Bohrlöcher selbst keine Leckagen verursacht. Untersuchungen und Gutachten in Nordamerika haben deshalb die Forderung erhoben, dass rings um eine solche Förderstelle ein ganzer engmaschiger Ring von Bohrungen gesetzt werden müsste, um eventuelle Belastungen des dort vorhandenen und meist fließenden Grundwassers zu messen. Südlich von Dresden hat die Wismut AG Uran in diesem In-Situ-Verfahren gefördert. Heute werden alleine hier mehrere Milliarden Euro zur Vermeidung von Nachfolgeschäden aufgewandt.

Die Betreiberfirma Kogegobi ist ein Konsortium aus der französischen Pleitefirma AREVA, dem japanischen Mitsubishi-Konzern und dem mongolischen Staat. Der Name Kogegobi stammt aus einer Zeit, in der die französischen Atomfirmen noch als COGEMA firmierten (Die mongolische Schreibweise Kogema resultiert daraus, dass das verwendete kyrillische - wie das griechische - Alphabet kein Zeichen für den Buchstaben „C“ kennt). Für das Genehmigungsverfahren der bisherigen Probebohrungen und der nun erteilten Abbaugenehmigung symptomatisch ist die Tatsache, dass der damalige Botschafter der Mongolei in diesem Zusammenhang mit dem höchsten französischen Orden „Pour le merite“ ausgezeichnet wurde (und sein Sohn ein lukratives Stipendium in Frankreich erhalten hat). Dass AREVA zu den Konzernen gehört, die hochgradig korrupt ihr Geschäft betreiben, hat im letzten Jahr „arte tv“ in Frankreich publiziert. Hier fahndet die Staatsanwaltschaft nach mehreren Milliarden Euro, die AREVA angeblich zum Erwerb einer (völlig überbeuerten) Lagerstätte in der zentralafrikanischen Republik ausgegeben (und dann abgeschrieben) hat. Ziel der ominösen Finanztransaktion in Afrika soll gewesen sein, Bestechungsgelder für Projekte in Südafrika aus den Büchern verschwinden zu lassen. Hartnäckig halten sich Gerüchte, dass diese Uran-Lagerstätte in Ulanbadakh zu den „assets“ gehört, die dem Pleitekonzern AREVA noch verbleiben. Eine Übernahme des Restkonzerns an ein chinesisches Staatsunternehmen gehört zu den Gerüchten über die Zukunft von AREVA.

Es besteht nur wenig Hoffnung, dass sich die Situation der Viehhalter in Ulanbadakh verbessern könnte. Allein die Verzögerung aller Untersuchungen durch die Behörden und das trotz aller Proteste ungebremste Vorgehen von Kogegobi scheinen hier irreversible Fakten geschaffen zu haben.





Rundbrief Mongolei März 2016

Umweltschützer Beejin in Untersuchungshaft

Seit dem 10. März 2016 sitzt der mongolische Umweltaktivist Beejin KHASTAMUR von der mongolischen Umweltorganisation DMNN in Untersuchungshaft. Ein Haftprüfungstermin am 21. März ergab keine Freilassung. Ihm wird vorgeworfen, am 6. Februar bei einem Verkehrsunfall den Unfallgegner mit einem Messer am Knie verletzt zu haben. Wir haben Beejin im Sommer 2014 in Ulanbadakh kennengelernt als einen sehr entschlossenen und kompromisslosen Umweltaktivisten.

Der Verkehrsunfall vom 6. Februar wirft einige Fragen auf. Beejin wurde auf der großen Peace Avenue in Ulaanbaatar von seinem Unfallgegner rechts überholt und geschnitten. Dabei haben sich die beiden Fahrzeuge berührt, aber es gab keinen ernsthaften Schaden. Beide Fahrer stiegen aus und es gab eine heftige körperliche Auseinandersetzung. Die herbeigerufene Verkehrspolizei nahm den Unfall auf. Schon wurden vom Unfallgegner Bayamtsogt eschuldigungen geäußert, Beejin habe ihn mit einem Messer verletzt. Beejin bestand darauf, dass er und sein Fahrzeug untersucht würden, ob überhaupt ein Messer vorhanden sei. Dieser Aufforderung folgte die Polizei nicht. Stattdessen wurde der Unfallgegner im Polizeiauto verhört mit dem Ergebnis, dass der Verkehrspolizist Bayamtsogt als den Schuldigen bezeichnete und die Personalien beider Männer feststellte. Die durch den Unfallgegner herbeigerufene Kriminalpolizei nahm beide Männer zur nächsten Polizeiwache mit, nachdem der Unfallgegner erneut Beejin des Messerstichs beschuldigt hatte. Die Männer wurden aufgesucht, sich ärztlich untersuchen zu lassen und am nächsten Morgen wieder zu kommen.

Am 10. März, einen Monat nach dem Unfall wurde Beejin mitgeteilt, dass gegen ihn wegen eines bewaffneten Angriffs auf eine Person ein Verfahren eingeleitet würde (Paragraph 181.3 des mongolischen Strafgesetzbuchs mit einer Strafandrohung zwischen fünf und acht Jahren). Am 16. März wurde Beejin dann in Haft genommen und in das Gefängnis Gants Khutag verbracht, das für seine Mißhandlungen von Gefangenen bekannt ist. Einem Antrag auf Haftverschonung durch seinen Anwalt wurde nun nicht stattgegeben.

Die Untersuchung des Unfalls durch Aktivisten ergab folgende Merkwürdigkeiten: Der Unfallgegner ist ein aktenkundiger Krimineller, der 1985, 1990, 2006 und 2010 wegen bewaffneter Überfälle im Gefängnis gesessen hatte. Die Polizei und die Untersuchungsbehörden verzichteten darauf, die Aufnahmen einer Überwachungskamera beizuziehen, die das Geschehen aufgezeichnet hatte. Schon am Unfallort wurde von der Verkehrspolizei und von der Kriminalpolizei eine Untersuchung Beejins und seines Fahrzeugs unterlassen, um ein angebliches Messer sicherzustellen. Die ärztliche Untersuchung der beiden ergaben bei Beejin Hämatome an vielen Körperstellen, bei Bayamtsogt einen Schnitt bzw. Schmiss am Knie.

Mögliche Hintergründe

Beejin und DMNN halten diesen ganzen Vorfall für einen weiteren in einer Kette von Ereignissen, mit denen Umweltschützer in der Mongolei kriminalisiert werden sollen. Speziell Beejin hat in den letzten beiden Jahren eine ganz Serie von Angriffen auf seine Person erleben müssen:



Rundbrief Mongolei März 2016

Im Jahr 2014 wurde eine Versammlung von Viehhaltern im Uyanga-Bezirk gegen illegalen Goldabbau von Mitarbeitern der Mine gestört. Außerhalb des Versammlungsortes wurden Beejin und weitere DMNN-Mitglieder angegriffen, wogegen sie sich zur Wehr setzten. Sie wurden deshalb – entgegen der Zeugenaussagen der Viehhalter – der Körperverletzung und des Angriffs auf Personen beschuldigt. Eine Anklage gegen sie wurde allerdings im Jahr 2015 vom Gericht kassiert und zur weiteren (besseren?) Untersuchung an die Behörden zurückverwiesen.

Im Oktober 2014 wurden Beejin und weitere Mitglieder von DMNN von Angestellten der Goldmine „G and U Gold LLC“ in Gurvanbulag in der Provinz Bayankhongor mit einem LKW über die Steppe verfolgt. Zuvor hatte diese Goldmine durch Sprengung den Permafrostboden zerstört und zum Versiegen des Schwarzwasserflusses geführt. Die Mine wurde u.a. auf Drängen von DMNN durch die örtlichen Behörden erst einmal geschlossen. Die Anzeige von DMNN, deren Fahrzeug vom LKW in Richtung eines Felsabsturzes gedrängt wurde, ist bis heute nicht verfolgt worden.

Im Frühjahr 2015 wurde Beejin wegen angeblicher Fluchtgefahr der Pass entzogen und er konnte nicht zum World Uranium Symposium in Montreal fahren. Dieser Passenzug wurde mittlerweile zurückgenommen. Er war verschiedener Delikte (u.a. Geldwäsche) beschuldigt worden. Ein Verfahren deshalb ist uns nicht bekannt.

Im Zusammenhang mit der Genehmigung einer weiteren Goldmine am Onon-Fluss in der Provinz Khentii Ende 2016 erhielten Beejin und weitere Mitglieder von DMNN per SMS eine ganze Reihe von Morddrohungen, teilweise ausgeschrieben („Wenn Du nichts aufhörst, bringen wir Dich um“) oder als verschlüsselte Nachricht „4444“ („4“ ist das chinesische Zeichen für Tod). Bei Aktionen von DMNN gegen diese Genehmigung im Dezember 2015 wurden nicht nur Drohungen ausgesprochen, sondern Mitglieder von DMNN auch überfallen. Diese Genehmigung der Goldmine betrifft ein Gebiet, das von Ministerium für Umwelt, Grüne Entwicklung und Tourismus als vollständig in einem geschützten Waldgebiet liegend bezeichnet wird. Dies wird von der Regierung allerdings bestritten. Die Genehmigung verstoße gegen kein Gesetz. Beim Versuch, eine Stellungnahme der Regierung zu erhalten, wurden Beejin und weitere DMNN-Mitglieder von der Polizei zusammengeschlagen. Eine Anschuldigung gegen Beejin wegen Angriffs auf eine Person wurde wegen offensichtlicher Einseitigkeit von der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen.

Es hat den Anschein, als ob in der Mongolei Umweltschützer in einem besorgniserregenden Maße angegriffen und kriminalisiert werden. Speziell DMNN als Organisation und Beejin als Person sind dabei speziell im Brennpunkt. Möglicherweise soll diese Kriminalisierung von Umweltschützern dazu dienen, für die anstehenden Parlamentswahlen im Juli im Vorfeld einen wichtigen Teil der Zivilgesellschaft der Mongolei mundtot zu machen.

Weiter Informationen:

<http://www.yestolifenotomining.org/leader-of-ngo-opposing-illegal-mining-in-mongolia-arrested>

Eike Seidel, 22.3.2014

